

BARRIERE

Proporzsystem = vielfältige Parteienlandschaft

1/97



Gleis 3

Politische Arbeitsgruppe Risch

Öffentliche Ruhetage und Öffnungszeiten der Geschäfte Referendum

Wie lange sollen Geschäfte geöffnet bleiben dürfen? Wie wichtig ist uns die Sonntagsruhe oder die Möglichkeit, an Sonn- und Feiertagen einzukaufen? Brauchen wir zwei Abendverkäufe pro Woche, oder genügt das geltende Gesetz aus dem Jahre 1974 den heutigen Anforderungen?

Die Schlagworte Deregulierung und Revitalisierung stehen seit einiger Zeit hoch im Kurs bei bürgerlichen Politikern. Mehr unternehmerischer Frei-

URS HAUSHERR

raum soll helfen, unsere Wirtschaft anzukurbeln und uns wettbewerbsfähiger zu machen gegenüber ausländischer Konkurrenz.

che Arbeiten. Die Ausnahmeregelungen für Kioske, temporäre Ausstellungen, Sportanlässe usw. werden etwas weiter gefasst, und neu sollen an zwei Feiertagen pro Jahr allgemeine Ausnahmen vom Ladenöffnungsverbot bewilligt werden können. Die Zuständigkeit für den Vollzug wird den Gemeinden übertragen. Soweit ist die Gesetzesrevision unbestritten.

Wogegen sich Gewerkschaften, Linke und Detaillisten gemeinsam wehren, sind die längeren Ladenöffnungszeiten am Samstag (19.00 Uhr statt wie bisher 17.00 Uhr) und den zusätzlichen Abendverkauf. Längere Öffnungszeiten würden für das Verkaufspersonal voraussichtlich zu erheblich grösseren Belastungen führen, wenn nicht der



IMPRESSUM

Barriere Nr. 1/97
9. Jahrgang

Zeitung der Politischen
Arbeitsgruppe Risch Gleis 3

Rotkreuz, September 1997

Auflage:
2500 Exemplare,
frei für alle Haushaltungen
in der Gemeinde Risch

Herausgeber:
Vorstand Gleis 3

Titelbild:
Landschaft Auletten, Rotkreuz

Meinungen und Anregungen:
Politische Arbeitsgruppe Risch
GLEIS 3
6343 Rotkreuz
Telefon 790 33 21

Spendenkonto:
Raiffeisenbank Rotkreuz
PC 60-5726-6

Dies der Grundsatz; aber was hat das mit den Ladenöffnungszeiten zu tun? Herzlich wenig. Tatsächlich ist kaum noch das Argument zu hören, längere Ladenöffnungszeiten führten zu einem höheren Umsatz im Detailhandel. Die Detaillisten befürchten vielmehr, dass von der neuen Freiheit nur die grossen Ketten und die Zentren profitieren würden. Kleinere Läden hätten Mühe, längere Öffnungszeiten zu verkraften wegen der zusätzlichen Personalkosten. Viele Detaillisten beteiligen sich deshalb im Referendumskomitee gegen das neue Gesetz, welches im Kantonsrat am 26. Juni 97 beschlossen wurde.

Worum geht es konkret? Das neue Gesetz hält grundsätzlich an der Sonn- und Feiertagsruhe fest, lässt aber einen etwas grösseren Spielraum offen für kulturelle, gesellschaftliche und sportliche Betätigungen sowie für unerlässli-

Kanton den arbeitsrechtlichen Schutz durch den Erlass eines verbindlichen Normalarbeitsvertrages verbessern würde. Viele Angestellte im Detailhandel sind bereits heute hohen Belastungen ausgesetzt und dies zu schlechten Bedingungen.

Das Bedürfnis nach längeren Ladenöffnungszeiten kann kaum sehr gross sein, sonst würden die Geschäfte den heute bestehenden Spielraum voll ausschöpfen. Dies tun aber nur die allerwenigsten (Ladenöffnungszeiten bis 18.30 Uhr statt wie erlaubt bis 19.00 Uhr).

Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ist nicht nötig, würde höchstens das Verkaufspersonal weiter belasten und die Detaillisten in Bedrängnis bringen. Der Vorstand von Gleis 3 unterstützt deshalb das Referendum gegen das neue Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz. □

Nicht nur auf die Etikette kommt es an

Sie wissen es, auch auf die Verpackung und vor allem auf den Inhalt kommt es an. Ist Ihnen folgendes auch schon passiert:

Sie kauften ein Produkt und verliessen sich auf die Etikettenangaben? Aber zu Hause beim Auspacken und beim ge-

HANNI SCHRIBER-NEIGER

naueren Prüfen entsprach der Inhalt überhaupt nicht Ihren Vorstellungen.

Am 28. September haben wir eine zweite Chance, über das Zuger Wahlsystem abzustimmen. Wollen Sie in Zukunft das bisherige Proporzwahl-system oder eher Wahlen im Majorz-verfahren?

Denken Sie zurück. Konnten Sie bei der ersten Abstimmung dem Slogan «Köpfe vor Parteien» nicht widerstehen und fanden ihn treffend in der Aussage für ein neues Wahlverfahren? Sie glaubten an die Warendeclaration und überprüften den Inhalt mit den Auswirkungen vielleicht nicht. Die Majorzwahl ist für neue oder kleinere politische Gruppierungen existenzgefährdend, der Proporz hingegen überlebenswichtig. Nur dank diesem System hatte Gleis 3 vor elf Jahren überhaupt eine Chance, in den Gemeinderat gewählt zu werden. Nicht zu vergessen ist die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen, die proportional zum Gemeinderat zusammengesetzt sind. Bevorzugen Sie eher das Majorzsystem, so bedenken Sie, dass ein/e Kandidat/in nicht nur fähig für ein Amt sein sollte, sondern in der Gemeinde auch noch sehr bekannt oder sogar populär sein muss, um möglichst viele persönliche Stimmen zu machen. Die Männer haben vielfach einen grösseren Bekanntenkreis (Arbeitsplatz, Verein, Ämter usw.) und dadurch im Majorzverfahren heute noch grössere Wahlchancen als Frauen. Wir setzen uns weiterhin für eine Vielfalt in der Politik ein und wollen beim Proporzwahl-system bleiben.

Auch bei der Initiative «Jugend ohne Drogen» ist Ihre Meinung gefragt. Wer möchte diesen Slogan, wie er hier steht, nicht unterstützen? Überprüfen Sie aber dessen Inhalt, so entpuppt er sich als grosse Illusion. Dieser Titel ist ein Versprechen, das nicht umgesetzt werden kann.



Verlassen Sie sich also nicht nur auf die Etiketten, sondern prüfen Sie genau die Waren mit den möglichen Nebenwirkungen! Für uns ist klar: Wir sagen zu den beiden Vorlagen Nein. □

Inhalt

Öffentliche Ruhetage und Öffnungszeiten der Geschäfte	2
Nicht nur auf die Etikette kommt es an	3
Schule gemeinsam gestalten	4
Zweiter Durchgang 2x Nein zum Majorz.....	5
Jugend ohne Drogen	6
Wann kommt der Veloweg nach Buonas?.....	7
Letzte Seite	8

Wir danken

und freuen uns, wenn Sie den beiliegenden Einzahlungsschein benutzen und Gleis 3 mit einer kleinen oder grossen Spende unterstützen.

Schule gemeinsam gestalten

Vor kurzem wurden nach turbulenten Auseinandersetzungen um die Schule Risch die Weichen umgestellt und die Rollen teilweise neu verteilt. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, darüber nachzudenken, wie es mit unserer Schule weitergehen soll. Wichtig ist, dass sich nicht bloss formale Rahmenbedingungen ändern, sondern auch Verhaltensformen. Eine gedeihliche Weiterentwicklung der Schule ist weniger eine Frage des Organigramms als des Stils, wie dieses erarbeitet und umgesetzt wird.

Schulstrukturen im Gespräch

1993 stellte der Verband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) sein neues Berufsleitbild vor. Im Zentrum stand dabei die Forderung nach einer "geleiteten Schule mit Profil". Die Innerschweiz frohlockte, denn es sah so aus, als ob die übrige Schweiz endlich Gefallen finden würde am Rektoratsmodell.

Wir sind nicht so sicher, ob die im Kanton Zug vorherrschenden Schulleitungspraktiken über alle Zweifel erhaben sind. Die Behörden neigen zu einer steil hierarchischen Gliederung in Rektorat - Prorektorat - Abteilungs-/Teamleitung. Bei der Besetzung entsprechender Kaderfunktionen spielt parteipolitisches Kalkül oft eine grössere Rolle als die Einsicht, Leitungsaufgaben im Schulbereich seien heute erst mit gezielter Zusatzausbildung und professioneller Beratung angemessen zu erfüllen. Auch die Mitwirkung und gemeinsame Verantwortung des gesamten Lehrkörpers bei strukturellen Fragen bilden die Ausnahme, und deshalb stehen andere Modelle mit beispielsweise flacheren hierarchischen Abläufen gar nicht zur Wahl. Das ist umso erstaunlicher, als das Schulgesetz diesbezüglich keine Auflagen macht. § 63 hält lediglich fest: "In jeder Gemeinde besteht ein Schulrektorat." Diese Bestimmung lässt genügend Spielraum für zeitgemässe, demokratisch entwickelte Führungsinstrumente.

Value management

Die Forderung nach verstärktem Einbezug aller Betroffenen steht scheinbar im Gegensatz zu den härter gewordenen Bedingungen in der Arbeitswelt ausserhalb der Schule. Der Eindruck ist vorherrschend, dass die einseitige Ausrichtung auf Kapital-

und Aktionärsinteressen das wirtschaftliche Geschehen bestimmen. Langfristig denkende Unternehmensleitungen sind jedoch nicht nur dem Shareholder value verpflichtet, sondern betreiben ein ganzheitliches "value management" (neuer Begriff aus der Wirtschaftsforschung), wo das «Humankapital» einen bevorzugten Stellenwert genießt: Nur wer zu seinen Mitarbeitenden Sorge trägt, kann über längere Zeit mit ihrer ungebrochenen Loyalität und Motivation rechnen.

Der Gemeinderat hat vor einem Jahr einen externen Berater eingesetzt, der die Situation an der Schule Risch analysieren und Wege zu einer Verbesserung des «value managements» aufzeigen sollte. Diese Neuausrichtung wurde von der Lehrerschaft, Schulkommission und Elternseite angeregt, nachdem an unserer Schule seit längerer Zeit den administrativen Belangen mehr Gewicht beigemessen worden war als den pädagogisch-zwischenmenschlichen. Bald kam Bewegung ins Gefüge, grosse Erwartungen und Hoffnungen wurden geweckt. Aufgrund von personellen Ungereimtheiten und fragwürdigen Führungsentscheidungen geriet der Prozess ins Stocken. Eine

Flut von Leserbriefen mündete. Die Notwendigkeit von Veränderungen war nun allen bewusst. Nur, wie sollten diese aussehen?

Gleis 3 hat sich mit einem eigenen Modell zur Zukunft der Schule Risch in die Diskussion eingeschaltet, damit aber bei den Verantwortlichen keinen Anklang gefunden. Trotzdem schätzen wir den nunmehr eingeschlagenen Weg und wirken gerne mit, wenn es darum geht, Prioritäten zu setzen und danach zu handeln.

Hunger nach Person

Wenden wir uns fürs erste Schülerinnen und Schülern zu, den eigentlichen Hauptpersonen im Schulbetrieb. Kinder haben vielerlei Eigenschaften und Wünsche, die sie in die Schule mitbringen, unter anderem jene, dass sie wahrgenommen werden wollen.

Im Unterricht braucht es deshalb nebst vordergründigen Beteiligungsmechanismen wie Fragen, Antworten, Lob, Tadel usw. eine Vielfalt von beiläufigen Zeichen und Gesten der Lehrperson, die jedem Kind immer wieder signalisieren: "Aha, er/sie hat mich gesehen." "Ich bin gemeint."



Nicht nur Erstklässler haben Visionen

Interpellation von Gleis 3 und FDP rückte das Problem der Führungsqualität an der Schule Risch in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. An der denkwürdigen Gemeindeversammlung vom 16. Juni dieses Jahres lösten engagierte Voten einen Wirbel aus, der wenig später in eine

Der Pädagoge Hartmut von Hentig nennt es einen berechtigten "Hunger nach Person". Verstösse gegen dieses pädagogische Grundgebot bezahlen "unaufmerksame" Lehrkräfte in der Regel mit unliebsamen Nebengeräuschen und Störmanövern durch sich unbeachtet fühlende Sprösslinge.

„Wahrnehmen“ steht in enger Beziehung zu „ernst nehmen“, denn das zweite ist ohne das erste nicht denkbar. Damit sind wir schon bei einem Hauptanliegen, welches den in Gang gekommenen Reformprozess an unserer Schule prägen sollte: ernst nehmen und ernst genommen werden! Die Forderung tönt banal, ist es in Risch gegenüber Angestellten aber nicht, denn sie stellt zur bisher geübten Praxis einen deutlichen Stilwechsel dar. Der neue Ansatz, grundlegend veränderte Haltungen und Einstellungen im Umgang mit Mitmenschen, ist eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Team- und Schulentwicklung.

Schule Risch mit neuen Perspektiven

Im Austausch mit einem komplexen gesellschaftlichen Umfeld sind die

Anforderungen an die Schule heute vielfältiger geworden. Der verlangte Qualitätszuwachs hängt in entscheidendem Masse davon ab, wie eine Schulleitung ihrer Partner- und Vorgesetztenrolle gerecht wird. Sie soll für reibungslose administrative Abläufe sorgen, Triebfeder und Begleiterin für Neuerungen sein, Dialog- und Konfliktfähigkeit beweisen, beratend und kontrollierend eingreifen, die Schule als Handlungs- und Verantwortungseinheit stärken („Wir-Gefühl“ entwickeln!). Derart hohe Ansprüche sind nur zu erfüllen, wenn Schule „gemeinsam gestaltet“ wird, gewissermassen von unten nach oben ein eigenes Profil entwickeln kann. Vielversprechende Erfahrungen dieser Art begannen wir in Risch bereits mit dem Beizug eines externen Unternehmensberaters zu sammeln. Auch wenn seine

Bemühungen schliesslich scheiterten, bleibt eine positive Erinnerung zurück. Die neuen leitenden Organe bekräftigten an der Orientierungsversammlung vom 28. August diesen Sachverhalt und stellten ein pragmatisches Vorgehen in Aussicht. Gerne hätten wir allerdings etwas mehr über die pädagogischen und betrieblichen Ziele erfahren, welche mit den angekündigten Massnahmen angestrebt werden. Gleis 3 wird das Geschehen aufmerksam begleiten, durch aktives Mitdenken und Mittun von der Basis her sowie über unsere Vertretung in Schulkommission und Gemeinderat.

Michael Fankhauser, Antonia Fuchs, Urs Hausherr (Mitglieder der Schulkommission), Gerhard Schmid (Mitglied Vorstand Gleis 3) □

Zweiter Durchgang am 28. September 1997:

2x NEIN zum Majorz

«Köpfe vor Parteien» ist praktisch das einzige Argument, das die CVP für den Majorz anführt. Genaueres Hinsehen zeigt aber, dass es schlicht falsch ist.

Die Situation ist bekannt: In der kantonalen Abstimmung vom 8. Juni fand die Einführung des Majorzverfahrens

JOSEPH BÜRGLER

bei der Wahl für den Regierungsrat und die Gemeinderäte bei der ersten Auszählung eine knappe Mehrheit von 112 Stimmen. Da in einigen Gemeinden Unregelmässigkeiten bei der stellvertretenden Stimmabgabe vorgekommen waren, wurde eine Nachzählung vorgenommen, bei welcher der Vorsprung der Stimmen zugunsten des Majorz auf 50 zusammenschmolz. Die Regierung hat unter diesen Umständen eine Wiederholung der Abstimmung angeordnet.

Die Argumentationslage hat sich nicht verändert, und trotzdem ist die Situation vor der zweiten Abstimmung möglicherweise nicht mehr die gleiche: Viele Wählerinnen und Wähler liessen sich durch den Slogan «Köpfe vor Par-

teien» irreführen, die sich mit der «Parteienpolitik» nicht anfreunden konnten, und so von der Sache her genau gegen ihre eigentliche Absicht stimmten. Sie handelten dabei in gutem Glauben, dass durch das Majorzverfahren das Gewicht von den Parteien weg zu mehr eigenständigen (= parteiunabhängigen) Persönlichkeiten verschoben würde.

Wenn im Kanton Zug in Zukunft nach dem Majorz gewählt würde, bedeutet das konkret, dass die meisten bürgerlichen WählerInnen entweder die vorgedruckte CVP- oder die FDP-Liste einlegen und in der Mehrzahl der Fälle noch einige oder alle KandidatInnen der anderen bürgerlichen Partei dazuschreiben. Die Wählerinnen und Wähler vom linken Spektrum verhalten sich entsprechend. Da zur Zeit im Kanton Zug rund zwei Drittel bürgerlich und etwa ein Drittel links wählt, hat dies zur Folge, dass es ein durchschnittlicher bürgerlicher Kandidat im Endeffekt auf rund doppelt so viele Stimmen bringt wie ein linker. Nach dem Majorzverfahren ausgezählt bedeutet dies, dass bei genügend bürgerlichen KandidatInnen ausschliesslich

diese gewählt würden. KandidatInnen, die nicht dem bürgerlichen Lager angehören, haben somit beim Majorz praktisch keine Chance, neu in die Regierung oder den Gemeinderat gewählt zu werden. Dass 1994 Daniel Zülle bei den Wahlen in den Gemeinderat und Hanspeter Uster bei den Regierungsratswahlen mehr Stimmen als viele bürgerliche Kandidatinnen und Kandidaten erhielten, liegt nur daran, dass sie ihre überdurchschnittlichen Qualitäten bereits während einer Amtsdauer unter Beweis gestellt hatten. Als Zülle und Uster aber 1990 erstmals zur Wahl standen, wurden sie überhaupt nur dank der Auszählung nach Proporz gewählt; nach Majorzauszählung hätte Uster die Wahl deutlich verpasst und Zülle hätte zu einem zweiten Wahlgang antreten müssen, in dem er als Gleiser ohnehin chancenlos gewesen wäre.

Ohne Proporz gäbe es in Risch schon sehr bald keine Gleis 3-Vertretung mehr im Gemeinderat und in den gemeindlichen Kommissionen. Gehen Sie auf jeden Fall zur Urne! Die Vielfalt der politischen Kräfte in der Gemeinde Risch stehen auf dem Spiel! **2x NEIN zum Majorz!** □

Jugend ohne Drogen

Am 28. September 1997 NEIN zur Initiative «Jugend ohne Drogen»

Wer möchte das nicht, eine Jugend ohne Drogen? Der Titel der genannten Volksinitiative klingt verlockend, die Forderung ist aber reine Augenwischerei.

URS FRANZINI

Wir leben in einer süchtigen Gesellschaft. Über eine Million Schweizerinnen und Schweizer sind nikotinsüchtig, 300'000 Menschen sind alkoholsüchtig, 30'000 Menschen sind heroinder oder kokainsüchtig. Wir kennen die Arbeitssucht, Esssucht, Medikamentensucht, usw. In diesem Umfeld soll die Jugend drogenfrei oder suchtfrei leben? Jede Form von Sucht ist schlimm. Es soll auch genügend getan werden, um sie zu vermindern und Betroffenen den Ausstieg zu ermöglichen, aber nicht mit den untauglichen Mitteln, wie sie die Initiative verlangt.

Was will die Initiative?

Die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» verlangt eine restriktive, direkt auf Abstinenz ausgerichtete Drogenpolitik. Sie baut auf Prävention und Repression. Für Drogenabhängige sind nur noch abstinenzorientierte Therapieangebote vorgesehen. Die Initianten lehnen alle Massnahmen ab wie z.B. Spritzenabgabe, Gassenzimmer, Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für Drogenkonsumierende, die noch nicht in der Lage sind, sich für die Abstinenz zu entscheiden. Mit der Annahme der Initiative durch das Stimmvolk würden die Methadonprogramme als längerfristige Therapie, wie auch die Verschreibung von Betäubungsmitteln für Schwerstsüchtige verunmöglicht. Alles in allem ist die Initiative ein drogenpolitischer Rückschritt, der nicht praktikabel und ethisch nicht vertretbar ist! Die Folgen wären: mehr Drogentote, weitere Verelendung, erneuter Druck auf die Gemeinden und profitable Geschäfte für die Drogenmafia.

Bundesrätliche Drogenpolitik

Der Initiative gegenüber steht die bundesrätliche Politik. Sie ist realistisch, wirkungsvoll, ethisch und finanziell tragbar. Überdies ist es dieser Politik

gelingen, die unterschiedlichen und teils stark auseinanderstrebenden Interessen zu koordinieren und alle Kantone und betroffenen Grossstädte hinter sich zu scharen. Diese seit 1990 verfolgte pragmatische Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensverminderung und Überlebenshilfe, Repression.

Prävention

Das Hauptanliegen der staatlichen Drogenpolitik ist die Prävention. Vorbeugen ist besser als Heilen, heisst es ja auch im Volksmund. Kantonale Präventionsstellen, Schulen, Jugendberatungsstellen und viele mehr setzen alles daran, um Jugendliche davon abzuhalten, drogenabhängig zu werden.

Therapie

Trotz grossen Bemühungen der Prävention gibt es eine Anzahl junger Menschen, die nicht davon abgehalten werden können, harte Drogen zu konsumieren. Wer also dem Betäubungsmittel verfällt, soll nicht ohne Hilfe bleiben. Die Schweiz hat im Laufe der Jahre ein beeindruckendes Therapieangebot auf die Beine gestellt. Mehr als 100 Institutionen sind es, die insgesamt 1'750 Therapieplätze für den Entzug anbieten. Nur dank dieser diversifizierten Therapiemöglichkeiten kann auch ein Therapieerfolg nachgewiesen werden.

Ein Beispiel: 1995 begannen 2'200 Abhängige stationäre Therapien. 30% brachen ihre Therapie nach wenigen Wochen ab. 70% jener, die eine Therapie abgeschlossen hatten, waren ein Jahr danach immer noch «clean». 30% wurden rückfällig; die meisten begannen mit einer neuen Therapie. Trotz gutem Willen schaffen es nicht alle, ganz ohne Drogen zu leben. Solche Menschen sind beispielsweise in Methadonprogrammen eingebunden. Darüber hinaus hat der Bund ein Forschungsprojekt zur Heroinverschreibung gestartet. Dieses läuft seit drei Jahren, und die ersten Ergebnisse sind ermutigend.

Schadensverminderung und Überlebenshilfe

Auslöser für diese Säule der bundesrätlichen Politik war Ende der Achtzigerjahre die zunehmende Verbreitung

schwerer Krankheiten wie Gelbsucht und die tödliche Bedrohung durch Aids. Es entstanden Angebote, die nicht in erster Linie Leute zum Ausstieg bewegen wollen, sondern ihnen sofort ambulante Hilfe anbieten. Das sind z.B. die Abgabe steriler Spritzen, Beratungsstellen für drogenabhängige Prostituierte, Gelbsuchimpfung, spezifische Aids-Kampagnen usw.

Repression

Bei den meisten Fachleuten aus Therapie, Medizin, Polizei und Justiz setzt sich die Erkenntnis durch, dass Drogenkonsumierende nicht ins Gefängnis gehören. Darum werden immer öfter therapeutische Massnahmen angeordnet.

Die Behörden unterscheiden heute klarer als früher zwischen Menschen, die Drogen nur konsumieren und Menschen, die illegal Drogen produzieren, in die Schweiz schmuggeln und hier mit dem Verkauf das grosse Geschäft machen. Für Schmuggler grosser Mengen sind schwere Strafen bis zu 20 Jahren vorgesehen.

500 Millionen Franken wendet die Schweiz pro Jahr auf für Unterdrückung, Ahndung und Bestrafung von Drogendelikten aller Art.

Die Drogenpolitik, die der Bund mit dem oben beschriebenen Vier-Säulen-Konzept verfolgt, ist realistisch und zukunftsgerichtet. Sie ist ein über Jahre aufgebautes Werk, das positive Wirkung zeigt.

Was die Initiative verlangt, ist einseitig und unrealistisch. Das Drogenproblem lässt sich nicht mit Repression gegen Drogenabhängige lösen. Es macht keinen Sinn, nur Therapien anzubieten, die sofortige Abstinenz versprechen. Somit wären auch die Methadonprogramme in Frage gestellt. Es ist fahrlässig, Massnahmen der Schadensverminderung und der Überlebenshilfe zu verbieten, weil man dadurch Menschen in den sicheren Tod drängt. Es ist eine Rückschrittpolitik, die zudem das Doppelte der bisherigen Angebote und Massnahmen – nämlich eine Milliarde Franken – kosten würde.

Darum am 28. September 1997: NEIN zur Initiative «Jugend ohne Drogen»!

(Quelle: «Daten und Fakten zur Drogenpolitik des Bundes», Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern) □

Aus dem Kantonsrat

Wann kommt der Veloweg nach Buonas?

Kantonsrätliche Dauerbrenner sind die Spitalpolitik, die Drogenpolitik sowie Stadtfahrt versus Stadtbahn. Neu im Sortiment: die Diskussion über eine Fusion von Stadt- und Kantonspolizei.

Und Risch? Nachfolgend einige Informationen zu Themen, die mit unserer Gemeinde verknüpft sind:

Der Bus nach Küsnacht bewährt sich!

...und er ist ein gutes Beispiel dafür, dass private Transportfirmen und öffentlicher Verkehr nicht a priori zwei Welten darstellen, die sich gegenseitig ausschliessen. Es gibt durchaus sinn-

ANNE ITHEN

volle und geglückte Vernetzungen: Betreiberin der neuen Linie ist eine Rotkreuz Transportfirma, die im Kleid der ZVB fährt.

Veloweg Badi Rotkreuz-Buonas

In einem Postulat habe ich gefordert, der Regierungsrat solle «alles veranlassen, damit der Radstrecken-Abschnitt Schwimmbad Rotkreuz-Buonas möglichst umgehend realisiert werden kann.»

Vor vier Jahren bereits galt diese Strecke beim Kanton als vordringlich, weil sie die «Verkehrssicherheit massgebend erhöht». Auch der Gemeinderat Risch wies in einem Brief an den Kanton darauf hin, «dass es sich um einen

wichtigen Schulweg und um eine durch Radfahrer stark befahrene Strasse handelt».

Wo aber blieb die Umsetzung der Einsicht in die Tat?

1993 deklarierte der Regierungsrat die Strecke noch als baureif, 1997 gibt er in der Beantwortung des Postulates aber zu: «Die Grundeigentümer wurden vor einigen Jahren kontaktiert. Verhandlungen wurden indes noch keine geführt.»

Um den Regierungsrat zu verpflichtenderem Handeln zu animieren, verlangte ich, das Postulat erst als erledigt abzuschreiben, wenn das Projekt wirklich realisiert ist. Die Ratsmehrheit fand dies allerdings nicht nötig.

Immerhin – einige Zusicherungen sind doch erfolgt:

■ Der Regierungsrat beabsichtigt, als Übergangslösung das Trottoir zwischen Schwimmbad Rotkreuz und Buonas als Rad-/Fussweg zu öffnen.

■ Die Realisierung des Veloweges sieht er allerdings «nicht vor ein bis zwei Jahren». Mitentscheidend wird die Haltung der SBB bei der Verbreiterung der Brückenplatte sein. Die Erneuerung der Brückenplatte wurde bereits ins neue kantonale Strassenbauprogramm aufgenommen.

Auch auf der anderen Dorfseite gibt es einen kleinen Erfolg zu verzeichnen: Das Trottoir entlang der Luzernerstrasse bis zum Grenzstein Richtung Honau wird ebenfalls als kombinierter Rad-/Fussweg geöffnet. Der Zuger Regierungsrat ist ausserdem bereit, mit dem Kanton Luzern aktive Verhandlungen über die Schaffung eines durchgehenden Veloweges zu führen. Gemäss Auskunft des Gemeindepräsidenten von Gisikon «orientiert sich gegen die Hälfte der Pendelnden aus der Gemeinde nach Rotkreuz und Zug. Viele, die in Rotkreuz arbeiten, verzichten heute aus Sicherheitsgründen aufs Velo.»

Der Sientalbach wird sicherer und natürlicher.

Diesen Entscheid fällte der Kantonsrat einstimmig.

Der schöne, mäandrierende Teil des Bächleins im Wald bleibt bestehen, die

schnurgerade Strecke zwischen Autobahn und Wald wird verspielter. Als Sicherheitsmassnahme gegen Hochwasser, wie sie mehrmals erfolgten, wird ein Entlastungsstollen (unter Tennisplatz und Hauptstrasse) gebaut.



Sientalbach

Zwischen Badeanstalt und Bahnlinie erhält der Bach einzelne Aufweitungen, eine geschwungener Form – und einen Spazierweg! Dort werden Sie in Zukunft in Ruhe Wasserpflanzen und -tiere beobachten und dem Murmeln des Bächleins lauschen können. □

Entdeckt!



Neu im Sientalwald!





Im Vorstand arbeiten mit:

Hanni Schriber-Neiger, Präsidentin	Tel. 790 33 21
Martin Bosshard	Tel. 790 44 88
Urs Franzini	Tel. 790 45 86
Esther Gödl-Galliker	Tel. 790 35 62
Urs Hausherr	Tel. 790 35 42
Anne Ithen, Kantonsrätin	Tel. 790 26 33
Gerhard Schmid	Tel. 790 06 42
Edith Stocker	Tel. 790 33 20
Hans-Georg Thierfeldt	Tel. 790 55 42
Daniel Zülle, Gemeinderat	Tel. 790 35 08
	G.- Tel. 728 36 14

Veranstaltungen:

Samstag, 13. September 1997

am Dorfmarkt
9.00 Uhr bis 11.30 Uhr:
mit dem Thema
Proporzwahlssystem

Montag, 24. November 1997

Mitgliederversammlung:
Besprechung und
Stellungnahme zu Traktanden
der Gemeindeversammlung

6343 Rotkreuz

PP

Haben Sie Interesse an unserer Arbeit? Möchten Sie besser über unsere Arbeit informiert sein?

Auch wenn Sie nicht Mitglied von Gleis 3 sind oder sein wollen, können Sie unsere Gleiser-Briefe bekommen, mit denen wir unsere Mitglieder und SympathisantInnen von Zeit zu Zeit informieren.

Füllen Sie untenstehenden Talon aus und schicken Sie diesen an folgende Adresse oder rufen Sie einfach an:

Tel. 790 33 21, Hanni Schriber-Neiger

Adresse: Gleis 3, Politische Arbeitsgruppe Risch, Unterer Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz

Ich/Wir möchten über Gleiser-Aktivitäten informiert werden.

Name: _____

Adresse: _____
